

Bruno Binder

Wirtschaftsrecht

Systematische Darstellung

Zweite, überarbeitete
und aktualisierte Auflage

Springers Kurzlehrbücher
der Rechtswissenschaft

SpringerWienNewYork

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	XIII
-----------------------------	------

I. Die Wirtschaftsordnung der Bundesverfassung – Grundlagen der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftsrechts	1
A. „Wirtschaft“ als Begriff – Wirtschaftsrecht	2
B. „Private Wirtschaft“ und „Marktwirtschaft“	2
C. „Soziale Marktwirtschaft“	6
1. „Marktwirtschaft“	6
a. Die Trennung von Staat und Gesellschaft – Die „Privatautonomie“	6
b. Die Grundrechte des freien Wirtschaftens – Eigentumsfreiheit und Erwerbsfreiheit	13
c. Aufträge und Schranken	19
d. Der europäische Binnenmarkt	32
2. Der „Sozialstaat“	33
a. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Sozialstaats	34
b. Die einfachen Gesetze	36
3. Der „Umweltschutzstaat“	49
a. Die Staatszielbestimmungen des Umweltschutzes	50
b. Die Kompetenzlage	51
c. Die einfachen Gesetze	53
d. Das Verwaltungsverfahren in Umweltaangelegenheiten	66
4. Die „öko-soziale Marktwirtschaft“ Österreichs	68
D. Wirtschaft und internationale Politik	69
1. Der Staatsvertrag von St. Germain 1919 und der Staatsvertrag von Wien 1955	69
2. Die „immerwährende Neutralität“ Österreichs	71
E. Die Wirtschaftsunternehmen und ihre Organisation	74
1. Kategorie I: Der Mensch (= „natürliche Person“)	75
2. Kategorie II: Die Rechtspersonen	76
a. Die Rechtspersonen allgemein	76
b. Die Rechtspersonen des privaten Rechtes	78
c. Die Rechtspersonen des öffentlichen Rechtes	81
3. Kategorie III: Die Personengesellschaften des Zivilrechtes und des Handelsrechtes	84
4. Kategorie IV: Die Gebietskörperschaften	85
a. Die unternehmerische Tätigkeit der Gebietskörperschaften („Eigenunternehmen“)	86
b. Die sonderrechtsfähigen Verwaltungseinheiten der Gebietskörperschaften als „ausgegliederte Unternehmen“	88

c. Die „Rechtspersonen des privaten Rechtes“ der Gebietskörperschaften als „ausgegliederte Unternehmen“	88
5. Der private Bereich, der staatliche Bereich, der Misch- und Kooperationsbereich	92
F. Die Wirtschafts- und Sozialautonomie	97
1. Demokratie und Mitbestimmung	99
2. Kammern und Verbände	101
3. Die Tarifautonomie	113
4. Der Arbeitskampf: Streik und Aussperrung	116
5. Die Sozialpartnerschaft	118
II. Die europäische und die internationale Wirtschaftsordnung	124
A. Geschichte, Modelle und Rechtsgrundlagen wirtschaftlicher Integration	126
1. Geschichte	126
2. Freihandelszone, Zollunion, Währungsunion	132
3. Völkerrecht und Staatengemeinschaftsrecht	136
a. Das Völkerrecht (insbesondere Staatsverträge)	136
b. Das Staatsgemeinschaftsrecht	140
B. Die Europäische Union (EU)	141
1. Von der wirtschaftlichen zur politischen Integration	143
a. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, MONTANUNION)	143
b. Die Europäische Atomgemeinschaft (EAG, EURATOM)	143
c. Die Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft (E[W]G)	143
d. Die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen ...	145
e. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	145
f. Die Währungsunion	146
2. Die Institutionen der Europäischen Union	146
a. Der Rat der Europäischen Union	147
b. Die Europäische Kommission	147
c. Der Europäische Gerichtshof	148
d. Das Europäische Parlament	149
e. Der Europäische Rechnungshof	150
f. Die Europäische Zentralbank	150
g. Nebenorgane	151
3. Die Rechtsetzungsbefugnisse der Europäischen Union	152
a. Rechtsgrundlagen	152
b. Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen	152
c. Anwendungsvorrang	154
4. Der Haushalt der Europäischen Union	154
C. Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	157
D. Die Weltwirtschaftsordnung der UNO	158
1. Die Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) ..	158
a. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT – General Agreement on Tariffs and Trade) 1994	160
b. Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS – General Agreement on Trade in Services)	163
c. Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte geistigen Eigentums (TRIPS – Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights)	164

2. Der Internationale Währungsfonds (IWF; International Monetary Fund – IMF)	164
a. Der Abbau von Devisenbeschränkungen und die Konvertibilität der Währungen	165
b. Die Wechselkursregelungen	165
c. Die Mittelausstattung des IWF und die finanzielle Hilfe bei Zahlungsbilanzstörungen	166
d. Die Sonderziehungsrechte	166
e. Andere Einrichtungen des internationalen Kreditwesens	167
E. Das österreichische Außenwirtschaftsrecht	167
1. Zölle	168
2. Außenhandel	168
3. Devisenverkehr	170
4. Exportförderung	170
F. Das internationale Privatrecht	173
III. Das Wirtschaftsrecht im demokratischen Rechtsstaat	174
A. Rechtsstaatliche Erfordernisse	175
1. Rechtsvorschriften („Gesetze“)	175
2. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	178
B. Die Verwaltungsorganisation des Bundes, der Länder und der Gemeinden	184
C. Die Privatwirtschaftsverwaltung (nicht-hoheitliche Verwaltung)	190
1. Allgemeine Grundlagen	191
a. Das Prinzip der „Rechtsperson“	191
b. Identitätsidee statt Fiskustheorie	191
c. Die privatrechtliche Handlungsalternative der Verwaltung („Privatwirtschaftsverwaltung“, „nicht-hoheitliche Verwaltung“)	193
2. Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) als Träger von Privatrechten	195
3. Die „innere“ Willensbildung des wirtschaftenden Staates	199
a. Die Legalitätsfrage	199
b. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit	201
c. Die „Statutargesetze“ und das Verwaltungsprivatrecht	202
4. Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung der Gebietskörperschaften	205
a. Subsidiarität der wirtschaftlichen Betätigung des Staates?	205
b. Die wirtschaftspolitische und wirtschaftsrechtliche „Äquidistanzpflicht“ des Staates	208
c. Die „Fiskalgeltung“ der Grundrechte, insbesondere des Gleichheitssatzes	209
5. Die Privilegierung der wirtschaftlichen Betätigung des Staates (Die Monopole und die anderen gesetzlichen Ausschließlichkeitsprivilegien)	213
6. Der nicht-hoheitliche Bereich der öffentlichen Verwaltung	218
D. Ausgliederungen und Privatisierung	220
1. Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Ausgliederungen	221
2. Die Ausgliederungsmotive	224
3. Die Privatisierungen der neunziger Jahre	226
E. Eingliederungen in die Verwaltung – „Mittelbare Staatsverwaltung“, „Beliehene Unternehmen“	229

F. Die Verstaatlichung von Unternehmen	231
1. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen und Schranken	231
2. Das 1. (Schwerindustrie, Banken) und das 2. (Elektrizitätswirtschaft) Verstaatlichungsgesetz	233
G. Der Staat als Abgabenstaat	234
1. Die Finanzverfassung (F-VG 1948)	236
2. Der Finanzausgleich (FAG 1997)	238
3. Das Haushalts- und Budgetrecht am Beispiel des Bundes	239
4. Der Rechnungshof	241
H. Der Rechtsschutz im Wirtschaftsrecht	244
1. Der Rechtsschutz gegen den Staat	245
a. Allgemeine Gesichtspunkte des Rechtsschutzes	246
b. Der Prozeßweg gegen hoheitliche Rechtsnormen	256
c. Der Prozeßweg gegen „(Zwangs)Maßnahmen“	260
d. Der Prozeßweg gegen „schlicht-hoheitliche Tätigkeiten“	261
e. Der Prozeßweg gegen nicht-hoheitliche (= privatwirtschaftliche) Tätigkeiten	261
2. Der Rechtsschutz gegen Private	261
IV. Geld und Währung	263
A. Noten und Münzen	263
B. Die Währungsunion („Euroland“)	265
1. Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB)	266
2. Die Europäische Zentralbank (EZB)	267
3. Die nationalen Zentralbanken	268
C. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB)	269
D. Die Münze Österreich AG	270
E. Fremde Währungen und deren Wechselkurse	271
1. Währungen innerhalb der Europäischen Union	271
2. Währungen außerhalb der Europäischen Union	273
V. Die Sicherung des Marktes durch den Staat	274
A. Gesetzliche Regelungen gegen private Monopole und monopolähnliche Stellungen	276
1. Das „Monopolprivatrecht“	276
2. Das Europäische Wettbewerbsrecht	277
a. Das Kartellverbot (Art 81 EGV)	281
b. Das Mißbrauchsverbot (Art 82 EGV)	285
c. Das Verbot der Privilegierung öffentlicher Unternehmen (Art 86 EGV)	288
d. Die Fusionskontrolle	289
3. Das Kartellgesetz (KartG 1988)	292
a. Die Zusammenschlüsse von Unternehmen	294
b. Die Kontrolle marktbeherrschender Unternehmer	296
c. Das Kartellverbot	297
d. Die vertikalen Vertriebsbindungen	300
e. Die Kontrolle „unverbindlicher Verbandsempfehlungen“	301
f. Die „Untersagung unverbindlicher Preisempfehlungen“	301
g. Kartellrechtliche Straftatbestände	302
B. Der „faire“ Wettbewerb in der Wirtschaft	303
1. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	304
2. Das Nahversorgungsgesetz (NahVersG)	310

C. Der Schutz immaterieller Güter („Geistiges Eigentum“)	312
1. Internationale und europarechtliche Grundlagen	312
2. Erfindungen	314
a. Die Patente	314
b. Die Schutzzertifikate	319
c. Die Gebrauchsmuster	319
d. Die (Pflanzen-)Sorten	320
3. Die Marken	320
4. Die Muster	326
5. Die „Halbleitererzeugnisse“	329
6. Das Urheberrecht	330
7. Die Software und das Internet	336
D. Der Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen	339
1. Das Grundrecht auf Datenschutz	340
2. Das Datenschutzgesetz (DSG)	342
3. Die Verschwiegenheitspflicht des Staates	348
4. Der Schutz der Geschäftspartner und Kunden	349
E. Die strafrechtliche Verantwortung Wirtschaftstreibender	350
1. Allgemeines	350
2. Besondere Straftatbestände der Wirtschaftsordnung	353
VI. Die Aufhebung des Marktes durch den Staat	382
A. Die staatliche Festsetzung von Preisen	383
1. Preisregelungen im Zivilrecht und in Berufsstatuten	383
2. Das Preisgesetz 1992	384
a. Die behördliche Preisfestsetzung	384
b. Kalkulationsvorschriften	387
c. Die Preisauszeichnungsvorschriften	387
d. Preisüberwachung	390
e. Die Sanktionierung von Verstößen	390
3. Preisregelung durch Sozialpartner	391
B. Mangelverwaltung und Notfälle	391
1. Die Lebensmittelbewirtschaftung	391
2. Die Versorgungssicherung	394
3. Die Energielenkung	396
4. Die Erdölbevorratung	400
C. Die landwirtschaftliche Marktordnung	403
VII. Die verwaltungsrechtlichen Berufsstatute	407
A. Die Berufsstatute des Bundes und der Länder	413
1. Die Kompetenzen des Bundes und der Länder	413
2. Die Berufsstatute des Bundes	414
3. Die Berufsstatute der Länder	430
4. Die Gewerbeordnung 1994 als Beispiel	433
a. Der Begriff „Gewerbe“	434
b. Der sachliche Geltungsbereich der GewO 1994	435
c. Handwerke, gebundene Gewerbe, freie Gewerbe	440
B. Die Berufsausbildung	444
1. Die Grundrechte auf freie Berufswahl und Berufsausbildung (Art 18 StGG) und auf Bildung (Art 2 1. ZPzEMRK)	444
2. Das Berufsausbildungsgesetz (BAG) als Beispiel	446
C. Der Berufsantritt am Beispiel der Gewerbeordnung 1994	449

1. Die materiellen Zugangsvoraussetzungen	449
a. Die persönlichen Zugangsvoraussetzungen	449
b. Die sachlichen (und örtlichen) Zugangsvoraussetzungen	451
c. Juristische Personen und Personengesellschaften	452
2. Anmeldung und Bewilligung	453
3. Der „Industriebetrieb“	457
4. Der Umfang der erlaubten Tätigkeiten	458
a. Umfangsvorschriften	458
b. Verbundene Gewerbe	460
5. Die Gewerbeausübung bei Fehlen von Zugangsvoraussetzungen ...	460
a. Die Nachsicht von persönlichen Voraussetzungen	460
b. Die Pacht eines Gewerbes, die Fortbetriebsrechte	461
c. Der „Kauf“ einer Gewerbeberechtigung	462
d. Der gewerberechtliche Geschäftsführer	463
D. Die Berufsausübung am Beispiel der Gewerbeordnung 1994	464
1. Allgemeine Ausübungsvorschriften der GewO 1994	464
2. Berufsspezifische Ausübungsvorschriften der GewO 1994	467
3. Ausübungsvorschriften in anderen Gesetzen	467
E. Die „Anlagen“ am Beispiel der Gewerbeordnung 1994	471
F. Die Verwaltungspolizei am Beispiel der Gewerbeordnung 1994 (Gewerbepolizei)	478
G. Die Wirtschaftsaufsicht über Unternehmen am Beispiel des Bankwesengesetzes (BWG)	480
H. Die Standesregeln am Beispiel des Ärztegesetzes 1998	487
Literaturverzeichnis	491
Sachverzeichnis	501